



**BESUCH DER ARBEITSGRUPPE IN
DELHI UND KALKUTTA
29. APRIL - 3. MAI 2013**

ENTWURF EINES BERICHTS

Zusammenfassung

Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Indien hat vom 29. April bis 3. Mai 2013 Neu-Delhi und Kalkutta besucht. Geleitet wurde die aus neun Mitgliedern bestehende Delegation von ihrem Vorsitzenden Sir Graham Watson (ALDE, Vereinigtes Königreich). Im Anhang finden sich detaillierte Informationen über das Programm und die Mitglieder.

Ein wichtiger Schwerpunkt des Besuchs war die Situation der Frauen in Indien. Hintergrund waren der Fall einer Gruppenvergewaltigung und Tötung einer Studentin im Dezember 2012 in Delhi, der in den Medien viel Beachtung fand, sowie die zunehmende Debatte über Gewalt an Frauen, die dieser tragische Fall ausgelöst hat. Sie gaben Anstoß zu einer Entschließung des Europäischen Parlaments am 17. Januar 2013 zu diesem Thema. Diese wurde einen Monat nach einer Entschließung des Parlaments zur Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit in Indien verabschiedet, die ebenfalls Thema des Besuchs war.

Die Mitglieder erörterten die Situation der Frauen mit einer Reihe von Gesprächspartnern, einschließlich Frau Kumari Selja, der Ministerin für soziale Gerechtigkeit und Empowerment. Sie trafen sich mit Vertretern der Zivilgesellschaft

und besuchten auch ein mit EU-Mitteln gefördertes Projekt zur Stärkung der Rolle von Frauen mit HIV/AIDS. Sie stellten fest, dass es – obwohl bereits eine große Zahl von Gesetzen zur Gleichstellung und Förderung der Rechte von Frauen in Kraft ist – ein erhebliches Problem bei der Umsetzung an der Basis gibt und dass eine Sensibilisierung und Bewusstseinsförderung in den zuständigen Stellen wie Justiz und Polizei von entscheidender Bedeutung ist. Entscheidend ist auch, dass Kindern von klein auf beigebracht wird, wie wichtig Respekt gegenüber Frauen ist. Auch die speziellen Probleme von Frauen niedrigerer Kasten und von Frauen in Konfliktzonen wurden beleuchtet. Indische Referenten erläuterten die neue Strafgesetzgebung für Straftäter, die Verbrechen an Frauen begangen haben, sowie die Gesetze zur Förderung der Beteiligung von Frauen an der Politik durch Quotenregelungen.

Es wurde betont, dass in den vergangenen Monaten mit mehr Offenheit über Gewalt gegen Frauen gesprochen wurde und dass die Bereitschaft von Opfern, an Behörden heranzutreten und über diese Gewalt zu berichten, zugenommen hat. Die sozialen Medien haben ebenfalls eine Rolle bei der Mobilisierung der Gesellschaft gespielt und dazu geführt, dass diese Angriffen auf Frauen nun weniger tolerant gegenübersteht. Insbesondere Angehörige der Mittelschicht haben ihre Wut über ein politisches System zum Ausdruck gebracht, das sich nicht darum bemüht zeigte, sich mit den Problemen gewöhnlicher Bürger auseinanderzusetzen (wie es auch bei der Antikorruptionsbewegung der Fall gewesen war).

Die laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der EU und Indien waren ebenfalls eines der Hauptthemen auf dem Programm. Der Delegation gehörte auch Maria Badia Cutchet (S&D, Spanien) an, die ständige FHA-Berichterstatlerin. Es fanden Gespräche mit Parlamentariern (darunter auch Mitglieder des Ausschusses für Handel) und Wirtschaftsvertretern statt, in denen relevante Themen erörtert wurden.

Zum Zeitpunkt des Besuchs hoffte man, dass es in Brüssel Anfang Juli einen Gipfel geben würde, der bis September zu einer politischen Verständigung über das FHA führen könnte. Beide Seiten waren sich darin einig, dass es eine erhebliche Verzögerung bedeuten würde, falls das Abkommen nicht in naher Zukunft geschlossen wird. Die Entscheidung liege zwischen „jetzt oder mittel- bis langfristig“. Indien beginnt bald mit der Vorbereitung auf die Wahl (die Parlamentswahlen müssen in der ersten Hälfte des nächsten Jahres stattfinden, voraussichtlich im März oder April) und die EU wird sich vermutlich auf Handelsgespräche mit Japan und den USA konzentrieren. Es wurden Bedenken geäußert, dass ein Scheitern der Verhandlungen über ein Abkommen sowohl die EU als auch Indien gegenüber Wettbewerbern – insbesondere gegenüber China – benachteiligen werde.

Ein Thema, das von den indischen Gesprächspartnern regelmäßig angesprochen wurde, war die Bedrohung indischer Kleinbauern – insbesondere im Milchsektor – durch die „subventionierte“ europäische Landwirtschaft. Die MdEP argumentierten, dass die beiden Landwirtschaftssektoren in weiten Teilen komplementär seien und dass voraussichtliche EU-Exportgüter wie Hartkäse und Teigwaren (zusammen mit Wein und Spirituosen) keine Bedrohung für die indischen Landwirte darstellten. Die

EP-Delegation plädierte außerdem für eine Senkung der indischen Zölle auf Kraftfahrzeuge, insbesondere auf Luxusfahrzeuge, auf die ein Zoll von 100 % erhoben wird. Zudem sprach sie die anhaltende indische Sorge an, das FHA könne sich nachteilig auf die Verfügbarkeit erschwinglicher Generika auswirken. Die MdEP sprachen einen allgemeinen Appell an beide Seiten aus, den politischen Willen zu zeigen, der für die Schließung eines ehrgeizigen Abkommens mit „Win-win“-Ergebnis in sehr naher Zukunft erforderlich ist.

Beide Seiten waren sich darüber einig, dass die Beziehungen zwischen der EU und Indien auf weit mehr als nur dem Handel basieren, denn man teilt gemeinsame Werte im Hinblick auf die Anerkennung der Menschenrechte und die Demokratie. Angesichts vieler gemeinsamer außenpolitischer Herausforderungen wie der Bedrohung durch den Terrorismus, der Sicherheit auf den Seewegen und der Situation in Afghanistan sollte die Zusammenarbeit intensiviert werden. Die Beziehung sollte auch in Bereichen wie dem direkten persönlichen Kontakt gestärkt werden (einschließlich einer intensiveren Zusammenarbeit im Bereich des Kultur- und Bildungsaustausches). Besuche bei EU-geförderten Projekten im Laufe der Woche lieferten weitere Beispiele für Kooperationen zwischen beiden Seiten in den unterschiedlichsten Bereichen.

Ein weiteres Thema des Besuchs und Gegenstand einer möglichen Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien ist die Klima- und Umweltpolitik und die Entwicklung erneuerbarer Energien. In diesem Zusammenhang besuchte die Delegation ein Projekt zur Sammlung und Zerlegung von Elektronikschrott in Delhi (Einzelheiten weiter unten im Hauptbericht).

Der zweite Teil des Besuchs fand in Westbengalen statt. Mit 91,3 Mio. Einwohnern ist dies der indische Bundesstaat mit der viertgrößten Einwohnerzahl. Zwischen 1977 und 2011 wurde er von der Left Front [Communist Party of India (Marxist)] regiert. Regierungschefin der derzeitigen Regierung des Trinamool Congress ist Chief Minister Mamata Banerjee. Es gab Gespräche über die Investitionsmöglichkeiten für europäische Unternehmen in der Region und die bürokratischen Hürden, die dabei noch im Wege stehen. Weitere Probleme in Westbengalen sind u. a. die schlechte Infrastruktur und der Mangel an Fachkräften. Die Mitglieder besuchten Metro Cash & Carry, ein Beispiel für ein europäisches Unternehmen, das erfolgreich in Westbengalen investiert hat. Die Vertreter der Regierung des Bundestaates und der lokalen Wirtschaft betonten, dass sie im Rahmen der Verhandlungen ebenfalls angehört werden sollten, um Vertrauen in das letztendliche Abkommen zu schaffen.

In Gesprächen mit dem indischen EHCO-Büro und einigen seiner Umsetzungspartner wurden die Mitglieder über die Situation in Regionen informiert, in denen Aufstände herrschten. Dies bezog sich insbesondere auf die Bundesstaaten im Nordosten des Landes. Mehrere MdEP äußerten den Wunsch, die Bitte an die indischen Behörden zu erneuern, nach Manipur reisen zu dürfen.

Es gab keine weiteren Entwicklungen bezüglich der Gründung der „EU Friendship Group“ (EU-Freundschaftsgruppe) im indischen Parlament. Das erbetene Treffen mit

Meira Kumar, der Sprecherin der Lok Sabha, konnte aufgrund der unruhigen Stimmung im Parlament nicht stattfinden. Für den 8. und 9. Juli 2013 ist jedoch ein Besuch von Frau Kumar beim Europäischen Parlament geplant. Im Laufe der Woche informierten die Mitglieder ihre indischen Amtskollegen und andere Gesprächspartner über die aktuellen Entwicklungen in der EU.

Zu den weiteren Themen, die angesprochen wurden, gehörte die Todesstrafe in Indien. Die MdEP äußerten große Besorgnis angesichts der Zahl von Hinrichtungen, die nach einem De-facto-Moratorium in der jüngsten Zeit wieder steigt. Die indische Seite entgegnete, dass dies eine innenpolitische Angelegenheit sei und dass diese härteste Strafe nur in den „allerseltensten“ Fällen verhängt werde. Die indischen Gesprächspartner wiesen zudem auf die breite Befürwortung der Todesstrafe in der Bevölkerung hin.

Samstag, 27. bis Sonntag, 28. April 2013.

Die Teilnehmer kamen am 27. und am 28. April 2013 an. Um 18.30 Uhr am Sonntag, den 28. April wurde ein informelles Treffen abgehalten, während dem die neueste Version des Programms verteilt und die Mitglieder der Delegation von einem Vertreter der EU-Delegation in New Delhi über die praktischen Details informiert worden sind.

Montag, 29. April 2013 - Delhi

09.30 -10.45 Briefing bei der EU-Delegation durch den Leiter der Delegation
Ort: EU-Delegation, 65, Golf Links

Die Delegation wurde durch den Leiter der EU-Delegation in Indien, Botschafter Joao Cravinho, informiert. Zu den behandelten Themen gehörten die Beziehungen zwischen der EU und Indien und insbesondere das Freihandelsabkommen; die aktuelle politische Situation in Indien, einschließlich des Problems der Korruption; die Situation der Frauen in Indien nach dem Vergewaltigungs-/Mordfall in Delhi; andere Menschenrechtsfragen, insbesondere der erneute Einsatz der Todesstrafe; die aktuelle Situation in Bezug auf Kaschmir; sowie die politischen Entwicklungen in Westbengalen.

11.00 - 11.45 Treffen mit **I. E. Frau Preneet Kaur**, Staatsministerin für auswärtige Angelegenheiten
Ort: South Block - Gate 4

Beide Seiten hoben die Wichtigkeit der Beziehungen zwischen der EU und Indien und die Bedeutung der strategischen Partnerschaft hervor. Die gemeinsamen Werte der Demokratie, des Pluralismus und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte wurden betont. Außerdem wurde auf die große Bandbreite der Gebiete hingewiesen, auf denen eine Zusammenarbeit stattfindet, einschließlich des Handels, der Sicherheit, Bildung, Kultur und der erneuerbaren Energien.

Frau Kaur begrüßte es, dass die Delegation ihren Schwerpunkt auf Frauenfragen gelegt hat, und betonte, dass viele der damit zusammenhängenden Probleme schon „seit Urzeiten“ vorhanden seien. Sie hob jedoch gleichzeitig hervor, dass es „völlig inakzeptabel“ sei, dass diese Probleme weiterhin bestünden. Der jüngste Fall der Vergewaltigung in Delhi habe alle schockiert und die Menschen auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Es stehe fest, dass die Menschen jetzt eher dazu geneigt seien, entsprechende Vorfälle zu melden. Die Staatsministerin wies auf die Einführung von Rechtsvorschriften im März 2013 hin, um gegen diese Männer, die „geisteskrank“ seien und Frauen angriffen, härtere Strafen zu verhängen. Sie vertrat die Auffassung, dass die neuen Sanktionen zumindest einen Teil dieser Kriminellen abschrecken würden.

Frau Kaur merkte an, dass es einen Gesetzentwurf gebe, laut dem 33 % der Sitze in der Lok Sabha und allen Versammlungen in den Bundesstaaten für Frauen reserviert werden sollten. Der Gesetzentwurf ist bereits im März 2010 von der Rajya Sabha verabschiedet, jedoch immer noch nicht von der Lok Sabha gebilligt worden. Sie wies außerdem auf die Verfassungsänderung von 1993 hin, durch die ein Drittel der Sitze in den Verwaltungsorganen auf Dorfebene für Frauen reserviert worden ist.

In Bezug auf andere Themen betonte die Ministerin, dass Iran ein wichtiger Handelspartner Indiens sei, und dass es außerdem langjährige und weitreichende Verbindungen zwischen den beiden Ländern gebe. Sie wies darauf hin, dass iranische Energieimporte für Indien weiterhin wichtig seien, obwohl sie gleichzeitig hervorhob, dass Indien versuche, seine Energiebezüge zu diversifizieren. New Delhi halte an den Sanktionsresolutionen der Vereinten Nationen fest und sei der Ansicht, dass Iran seinen Verpflichtungen gemäß dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nachkommen müsse, wobei er das Recht habe, Kernkraft zu friedlichen Zwecken zu entwickeln. Frau Kaur betonte, dass dieselben Einschränkungen auch für Nordkorea gelten sollten.

Abschließend betonte Frau Kaur, wie wichtig es sei, sicherzustellen, dass Afghanistan nicht in die Situation vor dem Einmarsch unter Führung der NATO zurückgleitet und zu einem Zufluchtsort für Terroristen wird, die eine Bedrohung für Indien wie auch für andere Länder darstellen könnten. Daher sei es von grundlegender Bedeutung, dass das Land nach dem Abzug der NATO-Kontingente durch angemessene Hilfsprogramme unterstützt wird.

11.45

Weg nach Shastri Bhavan, C Wing, gate 6

Selja Kumari betonte, dass die neuen Rechtsvorschriften, durch die die Strafen für Vergewaltigung erhöht wurden, ein starkes Signal aussendeten, dass die indische Regierung entschlossen sei, das Problem anzugehen. Es habe eine Debatte darüber gegeben, ob das Gesetz geschlechtsneutral oder geschlechtsspezifisch sein sollte, aber man habe entschieden, es geschlechtsspezifisch zu gestalten. Es gebe auch gesonderte Rechtsvorschriften, die auf Gewalt gegen Kinder abzielten. Sie merkte an, dass immer noch viele Angriffe auf Frauen standfänden, aufgrund einer größeren Transparenz würde jedoch eine größere Zahl dieser Angriffe gemeldet. Es würde außerdem größerer Nachdruck darauf gelegt, Kinder dazu zu erziehen, Frauen einen größeren Respekt entgegenzubringen.

Die Ministerin vertrat die Auffassung, dass die geltenden Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen bereits sehr weitreichend seien, dass jedoch ihre Umsetzung problematisch sei. Das neue Gesetz übertrage den Polizeibeamten eine größere Verantwortung dafür, Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie auf Fälle von Vergewaltigung oder Gewalt aufmerksam gemacht würden. Es sei wichtig, die einzelnen Polizeibeamten zu sensibilisieren, wobei gleichzeitig anerkannt werden müsse, dass sie bei ihrer Arbeit unter enormem Druck und Stress stünden.

Sie betonte, dass durch das neue Gesetz für Wiederholungstäter die Todesstrafe eingeführt würde und unterstrich, dass es in Indien zwar nie ein Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe gegeben habe, einige Fälle in der Vergangenheit jedoch aufgrund der fehlenden Zustimmung des Präsidenten hinausgezögert worden seien. Sie konnte allerdings nicht sagen, ob die jüngste Gesetzesänderung dazu führen wird, dass mehr Hinrichtungen durchgeführt werden.

Selja Kumari merkte an, dass die Regierung eng mit NRO zusammenarbeite, um mehr über die Situation der Frauen zu erfahren. Dennoch betonte sie nachdrücklich, dass – auch wenn es sehr in Mode sei, auf Politiker einzuschlagen - sie trotzdem „von der Bevölkerung gewählt worden“ seien und „sich jeden Tag mit den Menschen auseinandersetzen“ müssten. Sie stellte die rhetorische Frage, welcher Kontrolle hingegen gesellschaftliche Aktivisten unterlägen.

Die Ministerin ging außerdem auf die geltenden Rechtsvorschriften ein, die sicherstellen sollten, dass mindestens 3 % der Arbeitsplätze Behinderten vorbehalten waren. Sie stellte im Detail Sonderschulen und Berufsschulzentren für Behinderte vor, betonte gleichzeitig jedoch, dass man sich bemühe, alle Schulen integrativ zu gestalten. Sie merkte außerdem an, dass der Rechtsakt über Registrierte Kasten und Registrierte Stämme (Verhinderung von Gräueltaten) geändert werden solle, um die Registrierung entsprechender Vorfälle und die Verurteilung der Täter zu verbessern; die häufigen Unterbrechungen während der aktuellen Plenartagung hätten jedoch ein Hindernis für dieses Vorhaben dargestellt.

Die Delegation des Europäischen Parlaments sprach die Frage der Latrinenreinigung per Hand an, die in Indien (und in einigen anderen Ländern) immer noch praktiziert wird, obwohl sie 1993 durch die Regierung in Delhi verboten worden war. Die Mitglieder der Delegation betonten, dass die Fortsetzung dieser Praxis ein „Schandmal für das Land“ darstelle.

12.45 WEG ZUM IMPERIAL HOTEL

12.45 - 15.00 Mittagessen mit der „Confederation of Indian Industry“ (Verband der Indischen Industrie, CII), zu dem **Sir Graham Watson**, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Indien, einlud
*Ort: Daniell's Tavern
Imperial Hotel
Janpath, New Delhi*

Die Delegation des Europäischen Parlaments lud Vertreter des Verbandes der indischen Industrie (CII) sowie einige indische Parlamentsmitglieder zu einem Arbeitssessen ein.

Die Delegation des Europäischen Parlaments betonte, dass die Vorteile eines weitreichenden Freihandelsabkommens für beide Seiten eine „Win-win-Situation“ darstellen würden. Es sei jedoch „nichts vereinbart, solange nicht alles vereinbart“ sei. Die MdEP unterstrichen, wie wichtig es sei, dass auf solchen Gebieten wie der Automobilindustrie und Dienstleistungen, auf denen ein bedeutendes Potenzial für einen beiderseitigen Nutzen bestehe, ein breiter Marktzugang für beide Seiten sichergestellt würde. Sie betonten, dass es von entscheidender Bedeutung sei, dass Indien zu einer Zeit, in der die EU mit anderen Ländern wie den USA und Japan in Verhandlungen über Freihandelsabkommen eintrete, nicht zurückstehe.

Die Vertreter Indiens unterstrichen, dass es in Bezug auf die wahrscheinlichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens im ganzen Land sehr unterschiedliche Ansichten gebe. Sie brachten ihre Besorgnis über eine mögliche Einfuhr von Kraftfahrzeugen aus der EU zum Ausdruck und merkten an, dass dies für Indien ein sehr sensibler Sektor sei. Es gebe außerdem große Sorgen darüber, die Einfuhr von „subventionierten“ landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der EU zu ermöglichen, die verheerende Folgen für kleine Landwirte hätte, die einen bedeutenden Teil der Bevölkerung (und der Wählerschaft) darstellten. Die Vertreter des Europäischen Parlaments argumentierten, dass der Agrarsektor in Indien und der EU sich zu einem großen Teil ergänzten, und dass Lebensmittelprodukte aus der EU keine Bedrohung für indische Landwirte darstellen sollten. Es bestehe außerdem das Potenzial, dass indische Landwirte ihre Erzeugnisse in die EU exportieren (gegenwärtig hat Indien beim Handel zwischen den beiden Partnern einen bedeutenden Überschuss in dem Sektor).

Abschließend betonten die Vertreter des Europäischen Parlaments, dass es seitens der EU keine Forderungen gegenüber Indien gebe, über das TRIPS-Übereinkommen hinauszugehen, oder etwa eine Bedrohung hinsichtlich der Bereitstellung erschwinglicher Generika.

15.00 WEG ZUM ECHO-BÜRO

15.30 - 16.30 Präsentation von ECHO zur Unterernährung und internen Konflikten in Indien
Ort: ECHO-Büro

Die ECHO-Mitarbeiter hielten einen Vortrag zur aktuellen Tätigkeit der GD ECHO in Indien. Der Vortrag umfasste u. a. die Arbeit der GD ECHO in Kaschmir (wo über 700 000 Menschen von dem Konflikt direkt betroffen sind); den Aufstand der Naxaliten (über 50 000 Menschen in Chhattisgarh direkt betroffen und über 50 000 Vertriebene). Er beinhaltete außerdem einen Überblick über das Problem der Unterernährung in Indien, wo ein Drittel der unterernährten Kinder der Welt leben – tatsächlich hat Ministerpräsident Singh dieses Problem als eine der bedeutendsten Herausforderungen bezeichnet, vor der Indien steht. Im laufenden Jahr stellte die GD ECHO 6 Mio. EUR über ihren Humanitären Implementierungsplan (HIP) 2013 und 0,7 Mio. EUR über ihr Programm zur Katastrophenvorbeugung (DIPECHO) 2013-14 zur Verfügung. Das ECHO-Büro habe nur 25 Mitarbeiter, von denen nur drei Vollzeit in Indien arbeiten.

Die Kernbotschaften waren, dass es in Indien viel Leid gebe und viele Menschen sterben – insbesondere der Einsatz von Vergewaltigungen in den vielen Konflikten in Teilen des Landes wurde hervorgehoben –, und dass die Stimmen der unschuldigen Zivilisten, die in Kriegsgebieten leben, nicht gehört würden. Die Fragen, mit denen ECHO sich beschäftigt, würden im Rahmen des EU-Indien-Dialogs nicht angesprochen und „New Delhi“ sei sehr weit entfernt von den Problemen. Es gebe zwar angemessene Rechtsvorschriften, aber die Umsetzung sei ein großes Problem. Soziale Medien seien ein wichtiger Faktor dabei, die Öffentlichkeit in Bezug auf das weitverbreitete Problem der Vergewaltigungen wachzurütteln, und das Problem würde jetzt viel offener diskutiert. Dies habe zu einer Zunahme der Proteste und Forderungen danach geführt, dass die Regierung effektivere Maßnahmen einleitet.

20.00 - 22.30 Arbeitssessen mit dem **Indischen Verband der Industrie- und Handelskammern** (FICCI), zu dem **Sir Graham Watson**, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Indien, einlud
*Ort: Restaurant Villa Medici
Obergeschoss des Taj Hotels*

FICCI bot angesichts des Fehlens einer formalen EU-Freundschaftsgruppe im indischen Parlament ein wertvolles Forum für den Austausch zwischen den

Parlamentsmitgliedern auf beiden Seiten.. Die Gespräche während des Arbeitssessens umfassten eine große Bandbreite an Themen im Rahmen der Beziehungen zwischen der EU und Indien, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Migration und Mobilität sowie Frauenfragen.

Dienstag, 30. April 2013 - Delhi

09.30 Fahrt zum Elektroschrott-Projekt

10.30 -12.30 **Besuch des SWITCH-Asia-Elektroschrott-Projekts**

Ort: *Industriegebiet von Jhilmil, Delhi*

Das Projekt zielt auf eine Verbesserung der Lage beim Elektroschrott-Management in indischen Großstadtsiedlungen ab. Hierfür werden 1,6 Mio. EUR an Geldern innerhalb des Vierjahreszeitraums von 2010 bis 2014 aufgewendet. Der Projektrahmen umfasst vier städtische Zentren, zu denen auch Delhi zählt.

Die Mitglieder haben vier kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) besucht, die in das Recyceln von Elektroschrott eingebunden sind. Danach nahmen sie an einer Präsentation des Projektleiters in der Sammel- und Zerlegestelle teil.

Eine der Kernziele des Projekts besteht darin, die KMU aus dem informellen Sektor in den regulären Recyclingprozess von Elektroschrott einzugliedern. Zurzeit finden 90 % des Recycling im informellen Sektor statt. Die besuchten KMU waren ursprünglich im informellen Sektor aktiv; nun hatten sie Unterstützung bei der Einholung einer formalen Zulassung von der Umweltbehörde (Pollution Control Board) in Delhi erhalten. Hierzu zählte unter anderem Schulungen zum ordnungsgemäßen Sammeln und Entsorgen von Elektroschrott. Hierzu gehörte ebenfalls die Sensibilisierung der meistens ungelerten Arbeitskräfte für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Dieser „Formalisierungsprozesses“ würde zu weniger Belästigungen durch die Polizei führen und eine größere gesellschaftliche Akzeptanz sowie ein gesteigertes Bewusstsein für Gesundheit und Sicherheit mit sich bringen.

12.45 - 13.30 **FAHRT ZUM HOTEL**

15.00 **FAHRT ZUM PARLAMENTSGEBÄUDE**

15.10 Besichtigung des Parlamentsgebäudes

Die Delegation wurde durch das Parlamentsgebäude geführt; dabei wurden auch die beiden Plenarsäle besichtigt.

16.00 - 17.00 Treffen mit **Shanta Kumar**, Parlamentsabgeordneter
(Rajya Sabha), Vorsitzender des Ausschusses für Handel,
sowie mit Ausschussmitgliedern
Ort: Raum 64, 1. Stockwerk
Parlamentsgebäude - Tor 12

Shanta Kumar eröffnete das Treffen mit einem Überblick über das Ausschusssystem des indischen Parlaments. Dabei wurde der hohe Stellenwert des Zusammenspiels der Parlamentarier untereinander hervorgehoben.

Die EP-Delegation hob hervor, dass nach sechsjährigen Verhandlungen über das FHA die EU und Indien in einer wichtigen Phase angekommen seien und dass es sehr wünschenswert wäre, baldmöglichst eine Übereinkunft zu unterzeichnen. Es bestehe die Sorge, dass das Abkommen jetzt oder erst in einigen Jahren unterzeichnet werden könne.

Die MdEP hoben hervor, dass dieses immer großen Wert auf Datenschutz gelegt hätte, was nun zu Schwierigkeiten mit den USA geführt hätte. Deswegen bestünde die Hoffnung, dass hierfür eine Lösung gefunden würde. Sie machten jedoch klar, dass bezüglich der gewerblichen Schutz- und Urheberrechte erschwingliche Arzneimittel auf jeden Fall zugänglich sein würden. Die indische Seite unterstrich, dass Indien die TRIPS achten und sie deswegen keinen Grund für weitergehende Schritte sehen würde.

Die MdEP äußerten die Meinung, dass es bei der Übereinkunft nicht lediglich um Handel gehen würde, sondern beide Seiten in die Lage versetzen würde, wirksamer auf eine globalisierte Welt zu reagieren. Sie sorgten sich darum, dass die positiven Aspekte des FHA in nicht ausreichendem Maße zur Sprache kämen, und befürchteten, dass allein China von dem Nichtzustandekommen einer Übereinkunft profitieren würde.

Die indische Seite zeigte sich besorgt über eine mögliche Gefahr für den Lebensunterhalt von Kleinbauern durch die „hoch subventionierten“ landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der EU und hierbei insbesondere durch Milchprodukte, die für Kleinstbauern eine bedeutende Einnahmequelle darstellten. Die Delegation des EP erwiderte, dass sich ein großer Anteil des Handels zwischen der EU und Indien ergänzen würde und dass die europäischen Ausfuhrerzeugnisse wie Hartkäse und Teigwaren (aber auch Schokolade sowie Wein und Spirituosen) mit indischen Erzeugnissen nicht in Wettbewerb stünden. Die MdEP waren nicht der Ansicht, dass die europäische Ausfuhr von Milchprodukten eine Gefahr für indische Bauern darstellte. Ihrer Ansicht nach war es wichtig, dass Politiker beider Seiten den Willen demonstrierten, hier Fortschritte zu erzielen.

Die indische Seite äußerte Ihrerseits die Besorgnis über die „Bedrohung“ durch die europäische Automobilindustrie für indische Fahrzeughersteller. Die MdEP hoben hervor, dass beide Seiten von einer Ausweitung des bilateralen Automobilhandels profitieren würden. Sie unterstrichen die Bedeutung einer Reduzierung der indischen Einfuhrzölle auf Wagen der Luxusklasse, die zurzeit bei 100 % lägen.

In Bezug auf das bereits bestehende FHA zwischen Indien und anderen Ländern führte die indische Seite an, dass, soweit sie die Lage überblickte, diese Vereinbarungen im Allgemeinen eher den Handelspartnern als Indien nützten. Auch unterstrichen sie ihre Ansicht, dass sämtliche, am FHA interessierte Beteiligten konsultiert werden sollten, so auch der Ausschuss für Handel.

17.00 Treffen mit dem **Abgeordneten Dr. Karan Singh**,
Ausschuss für äußere Angelegenheiten, sowie mit
Ausschussmitgliedern
Ort: Parlamentsgebäude.

Die EP-Delegation eröffnete die Gespräche mit einer Äußerung des Bedauerns über die Wiederaufnahme von Hinrichtungen in Indien. Sie verliehen dann ihrer Hoffnung Ausdruck, dass eine Ausweitung der Handelsbeziehungen bei der Intensivierung der Beziehungen hilfreich und ein Gegengewicht zu China sein würde. Hervorgehoben wurden die Weiterentwicklung der kulturellen und der direkten Kontakte zwischen den Menschen (wie Europalia) und der Ausbau der „Friedenskoalition“. Die indische Seite nannte Einzelheiten zum indischen Entwicklungscooperationsmodell mit seinem Schwerpunkt auf privatwirtschaftlichen Investitionen im Unterschied zum rein chinesischen Ansatz mit seinen Auslandsprojekten zur Entwicklungszusammenarbeit mit den Chinesen.

Die MdEP umrissen die Schritte der EU zur Behebung der Finanz- und Wirtschaftskrise und sprachen von einer nun viel solideren Grundlage für den Euro. Die indische Seite äußerte Ihre Zustimmung zu diesen Schritten der EU im Sinne einer Stabilisierung Europas: „das größte Wunder, das diese Generation je gesehen hat“. Ihre Hoffnung war auf einen möglichen Fortschritt in Südasien gerichtet, insbesondere im Rahmen der SAARC, die ihre Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft und deren Interessenschwerpunkt immer auf den Beziehungen zwischen Indien und Pakistan gelegen hätte.

Die indischen Redner gaben ihrer tiefen Sorge über die Lage in Nordkorea Ausdruck und stimmten darin überein, dass „etwas getan werden muss“; dabei sollte China eine positive Rolle spielen. Die indischen Abgeordneten unterstrichen, dass ihr Land 2 000 Jahre lang sehr gute Beziehungen mit dem Iran gepflegt hätte. Nichtsdestotrotz erkannten sie an, dass der Iran seine Verpflichtungen unter dem Atomwaffensperrvertrag einhalten müsse. Die Lage in Syrien sei „eine absolutes Desaster“ und „würde tagtäglich schlimmer werden“. Es bestünde die Angst einer Eskalation und Ausweitung des Konflikts.

Die indische Seite verließ ihrer Sorge wegen der von China unternommenen Schritte zur Errichtung einer Reihe von Dämmen am Ufer des Brahmaputra Ausdruck. Die indischen Abgeordneten wollten wissen, ob die EU in diesem Zusammenhang Druck auf China ausüben könne. Die MdEP stimmten zu, dass Flüsse mögliche Auslöser eines Konflikts sein könnten, wobei sie jedoch auch als Friedensbringer dienen könnten. Deswegen gäbe es klare Argumente zugunsten einer gemeinsamen Verwaltung von gemeinsam genutzten natürlichen Ressourcen.

Die indische Seite sprach zum Schluss die Frage der Vertretung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an, die „seit 1945 wie in Stein gemeißelt sei“, dabei aber die gegenwärtige Weltordnung nicht widerspiegele.

19.30 - 22.30 Arbeitsessen zum Thema Frauenrechte; Gastgeber:
die EU-Delegation
Ort: Library Lounge
Lodhi Hotel

Die MdEP besprachen die Lage der Frauenrechte mit führenden Vertretern der Zivilgesellschaft. Die Sprecher wiesen klar darauf hin, dass sich eine breite Kluft zwischen der zur Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen verabschiedeten Gesetzgebung und deren Umsetzung an der Basis, wo die Lage „recht düster“ aussähe, gebe. Viele Frauen hätten Schwierigkeiten beim Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten. So fänden beispielsweise viele Abtreibungen außerhalb des öffentlichen Gesundheitswesens statt. Besondere Besorgnis erregte das weitverbreitete Phänomen der Vergewaltigung in der Ehe.

Die Redner führten die weit verbreitete Bestechlichkeit der Polizei an, die keine wirksamen Maßnahmen zum Schutz der Frauen ergreifen würde. Es wurde die Notwendigkeit einer verbesserten Bildung und einer Sensibilisierung der Polizei hervorgehoben sowie der Bedarf an reinen Frauenpolizeirevierern, wo sich die Gewaltopfer weniger bedroht fühlten.

Besonders betont wurden die Probleme, denen sich Frauen in Konfliktgebieten gegenüber sähen (insbesondere in Manipur und dem restlichen Nordosten), wo das Vergewaltigungsrisiko durch Soldaten erhöht sei und wo Frauen wegen der Bestimmungen des **Armed Forces (Special Powers) Act** nur geringe Möglichkeiten hätten, Rechtsmittel einzulegen. Auch wurden die Situation von Frauen aus der Dalit-Gemeinschaft sowie die große Zustimmung zur Entschließung des Europäischen Parlaments zur Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit in Indien, die im Dezember 2012 angenommen wurde, hervorgehoben.

Mittwoch, 1. Mai 2013 – Kalkutta

06.30 ABFAHRT VOM HOTEL ZUM FLUGHAFEN

Besuch des TREC/STEP-Projekts „Incubating New Emerging Technology (NET) Skills by creating sustainable models of NET Skill Package“ (Förderung von Fähigkeiten im Bereich der sich neu entwickelnden Technologien (NET) durch nachhaltige Modelle des NET-Fähigkeitenpakets)

Die Delegation reiste am Morgen nach Kalkutta und fuhr dort vom Flughafen direkt zum TREC-STEP-Projekt, das am Vivekananda Institute of Bio-technology (VIB) in Nimpith, in ungefähr 75 km Entfernung von Kalkutta, durchgeführt wird. Nach der Ankunft hörten sie einen Vortrag zu dem Projekt.

Das Projekt zielt darauf ab, ausgegrenzte und gefährdete Jugendliche in Spezialkenntnissen wie Biotechnologie, Haushaltsgeräte und Computer-/Mobildienstleistungen zu schulen, um ihnen zu helfen eine Arbeitsstelle zu finden oder ein Kleinunternehmen zu gründen. Das Ziel bestand darin, erfolgreiche Absolventen in die Lage zu versetzen, an ihrem eigenen Wohnort ein Unternehmen zu gründen, anstatt wegziehen zu müssen.

Es wurde berichtet, dass das Projekt „die Unerreichten erreicht hat“ und 3 000 junge Menschen als „Techniker der Zukunft“ ausgebildet wurden. Viele dieser jungen Menschen hatten vorher keine regelmäßige Ausbildung oder Anstellung genossen und daher gab es zusätzlichen Bedarf, Themen wie Pünktlichkeit zu behandeln. Das Projekt versuchte, die Familien der Auszubildenden eng in den ganzen Prozess einzubinden. Die Auszubildenden waren im Allgemeinen zwischen 15 und 20 Jahren alt und 34 % waren Frauen (und damit mehr als das ursprüngliche Ziel von 25 %). Die Kurse dauerten insgesamt 180 bis 190 Stunden und es fanden drei bis vier Stunden Schulung pro Woche statt. Das Kursmaterial lag in Englisch vor, aber die Schulung und die Notizen der Lehrer erfolgten auf Bengalisches. Die Beziehung zwischen den Lehrkräften und den Auszubildenden endete nicht mit dem Abschluss des formalen Kurses. Die Auszubildenden erhielten weiterhin Unterstützung.

Obwohl die MdEP ein Zentrum im Umkreis von zwei Autostunden von Kalkutta besuchten, war davon ein viel größeres Gebiet abgedeckt, in dem viele Gemeinden sehr isoliert sind. Tatsächlich hatten viele der Auszubildenden ihr Dorf noch nie zuvor verlassen und es wurde darauf hingewiesen, dass es in der Region 54 Inseln gab, die nur per Boot zu erreichen sind. Die Projektarbeiter verließen das Zentrum, um in weiter entfernt gelegenen Gebieten Schulungen direkt vor Ort durchzuführen, wenn dies möglich war.

Das Projekt wurde von 2009 bis 2012 in Westbengalen, Tamil Nadu und Maharashtra durchgeführt. Es wurde vom indischen Ministerium für Wissenschaft und Technik mit einer EU-Beteiligung von 1 Mio. EUR (90 % der Finanzierung) kofinanziert.

Nach der Vorstellung erzählten einige erfolgreiche Absolventen den MdEP wie die Schulung ihnen geholfen hat. Die Delegation kehrte danach nach Kalkutta zurück.

Donnerstag, 2. Mai 2013 – Kalkutta

- 08.30 - 09.30 Arbeitsfrühstück mit dem European Business and
Technology Centre (EBTC – Europäisches Zentrum für
Unternehmen und Technik)
Ort: Taj Bengal Hotel
Portico Hal
- 09.45 - 10.00 Besuch der EBTC-Büros

Der Delegation des EP wurde kurz die vom European Business and Technology Centre (EBTC) durchgeführte Arbeit in Kalkutta vorgestellt. Die Vertreter des EBTC führten unter anderem an, dass sie häufig eher „in die Tiefe als in die Breite“ gingen und sich mehr auf bestimmte Unternehmensgruppen konzentrierten. Sie bemühten sich darum, europäische Unternehmen zu unterstützen, die in Indien tätig werden wollen, insbesondere im Umgang mit Herausforderungen wie der Bürokratie. Sie erklärten, dass die meisten europäischen KMU mit Partnern in Indien arbeiteten, einige aber ihr eigenes Unternehmen gründeten. Eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder lag in der Entwicklung erneuerbarer Technologien.

Nach dem Besuch besuchte die Delegation des EP noch kurz die Büros des EBTC im Gebäude der Handelskammer Bengalen.

- 10.05 - 11.15 Vorstellung der ECHO-Tätigkeit in Nordostindien mit
Beteiligung der Durchführungspartner
Ort: Sitzungsraum der Handelskammer Bengalens

Die Delegation des EP wurde über die Tätigkeit des ECHO in Nordostindien informiert und erhielt einen Überblick über die aktuelle Lage in der Region. Diese Vorstellung konzentrierte sich hauptsächlich auf die Auswirkungen des Konflikts in den nordöstlichen Bundesstaaten, insbesondere Manipur, auf Frauen.

Die nordöstlichen Bundesstaaten (oder „sieben Schwestern“) wären die Heimat von ungefähr 45 Mio. Menschen aus 70 Hauptbevölkerungsgruppen, die grob 400 Sprachen und Dialekte sprechen. 98 % der Grenzen der Region wären Staatsgrenzen und das Gebiet würde von „kleinen Kriegen und Aufständen“ heimgesucht, die ihnen „Kleinwaffen, Drogen ... und Waffen aller Art“ brachten.

Die lokale Bevölkerung befände sich in einer sehr gefährdeten Lage, da sie zwischen der Armee und den Aufständischen gefangen wäre. Die Aufständischen hätten leichten Zugriff auf Waffen und wären auch oft an Drogenschmuggel beteiligt. Die indische Armee hätte größtenteils freie Hand, da das Streitkräftegesetz (Spezialeinheiten) für einen Großteil der Region gälte und den Soldaten

ausgesprochen weit reichende Befugnisse gäbe, die oft zu schweren Menschenrechtsverletzungen führten.

Die Konflikte – von denen einige auf 1947 zurückgingen – wären in der Region verwurzelt und würden durch Armut und Arbeitslosigkeit weiter befeuert. Die Sprecher baten die MdEP in ihren Gesprächen mit indischen Parlamentariern diese Lage im Nordosten anzusprechen. Die Delegation des EP äußerte ihre tiefe Besorgnis über diese Lage – insbesondere die weit verbreitete Verwendung von Kleinwaffen, die als „Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet wurden. Sowohl von den Sprechern als auch von den MdEP wurde die Ansicht geäußert, dass die Delegation des EP sich erneut darum bemühen sollte, Manipur zu besuchen – ein früherer Versuch, in die Region zu reisen, war erfolglos gewesen.

11.30 - 12.30 Treffen mit **Herrn. Biman Banerjee**, Sprecher der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaates und Minister der Regierung des Bundesstaats

Die MdEP konnten sich mit Herrn Biman Banerjee, Sprecher der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaates, und einigen Ministern und wichtigen Abgeordneten der Versammlung austauschen.

Der Wirtschaftsminister des Bundesstaats, Herr Amit Mitra, beschrieb kurz die Zuständigkeitsverteilung zwischen der Regierung des Bundesstaats und der Zentralregierung, wobei er darauf hinwies, dass 32 % der gesamten Steuereinnahmen an die Bundesstaaten gingen. Westbengalen trägt netto zum Nationalhaushalt bei, da Kalkutta 8 Mrd. Dollar an die Zentralregierung gibt, von denen es nach Verhandlungen mit dem Finanzausschuss 4 Mrd. Dollar zurückerhält. Das jährliche Wachstum des BIP lag mit ungefähr 8 %, insbesondere in der Landwirtschaft, über dem Landesdurchschnitt. Es gab einen 30 %-igen Anstieg der Steuereinnahmen ohne Steuererhöhungen, die hauptsächlich auf elektronische Steueranmeldungen und Zahlungen von Steuererstattungen zurückzuführen sind. Die Minister betonten außerdem die Notwendigkeit einer Reform des Steuereinnahmesystems, um die Rücktransferzahlungen von der Zentralregierung an die Bundesstaaten zu vergrößern.

Weitere Diskussionen konzentrierten sich auf das FHA zwischen der EU und Indien, wobei eine Mehrheit auf beiden Seiten derselben Meinung war, dass es beiden Seiten nutzen könnte und sollte, wenn ein Abkommen erzielt werden könnte.

Die MdEP besichtigten daraufhin das Versammlungsgebäude und nahmen danach das Mittagessen zusammen mit dem Sprecher ein.

14.30 -16.00 Besichtigung Kalkuttas

Die Delegation des EP besuchte das nahegelegene Rathaus und ein Museum. Danach besichtigten sie das Victoria Memorial. Daraufhin reisten sie zum Metro Cash & Carry.

17.00 - 18.00 Besuch des Metro Cash & Carry nahe Kalkutta

Das Unternehmen Metro Cash and Carry wurde als Besuchsziel ausgewählt, da es eine „Erfolgsgeschichte“ europäischer ausländischer Direktinvestitionen in Indien darstellt. Es ist eine 100-prozentige Tochter der METRO AG, dem deutschen Groß- und Einzelhandelskonzern.

Die MdEP erhielten eine Führung auf dem Gelände und eine Vorstellung durch das Metro-Personal. Sie wurden darüber informiert, dass Metro Cash & Carry seine Tätigkeit in Indien 2003 in Bangalore aufgenommen hat und seine Zweigstelle in Kalkutta 2008 eröffnet wurde. Gegenwärtig hätte es 15 Zentren in Indien und wäre weiterhin in Ausdehnung begriffen. Die Zweigstelle in Kalkutta erstreckte sich über 6 700 m² und befände sich strategisch günstig an der Umgehungsstraße, die das Stadtzentrum mit dem Flughafen verband.

Große Einzelhandelskaufhäuser sind relativ neu in Indien (obwohl sich sowohl Carrefour als auch Tesco vergrößern wollen) und das Personal von Metro betonte die Notwendigkeit, von der lokalen Bevölkerung akzeptiert zu werden. Metro verkaufte nicht direkt an die Öffentlichkeit, sondern an Kundengruppen wie Hotels, Restaurants, Lieferanten, Händler und andere Geschäftstreibende. Das Personal wies darauf hin, dass die beschleunigte Lieferung von Lebensmitteln an die Endverbraucher zu weniger Abfall führte. Sie hatten bisher noch nicht mit dem Recycling von Elektrogeräten begonnen.

Das Personal von Metro betonte auch die Vorteile für die lokale Gemeinschaft des Ladens, da bis zu 90 % der Waren „lokal“ hergestellt wurden (d. h. in Indien). Sie berichteten, dass die Mitarbeiterzufriedenheit sehr hoch sei und nur sehr wenige Angestellte kündigten. Weibliche Angestellte müssten nicht nach 19 Uhr arbeiten. Das Personal würde vierteljährlich medizinisch untersucht und erhalte Jahresurlaub. Außerdem würde das Personal dazu ermutigt, seine Familien zu einem Besuch auf Arbeit einzuladen.

19.00 - 20.00 FAHRT ZUM TAJ BENGAL HOTEL

20.30 - 22.30 Arbeitsabendessen der Delegation des Europäischen Parlaments für Beziehungen mit dem India European Business and Technology Centre (EBTC), Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und Unternehmen aus Kalkutta
Ort: Taj Bengal Hotel

Viele der in der Woche besprochenen Themen wurden während des Abendessens erneut angesprochen. Die Sprecher betonten, dass die Bürokratie – wie zu strenge Arbeitsgesetze – Probleme für europäische Unternehmen schaffe, die sich in Indien niederlassen wollen. Es wurde auch auf die Anforderung für ausländische

Unternehmen hingewiesen, Genehmigungen für die Aufnahme einer Geschäftstätigkeit bei verschiedenen Ministerien einholen zu müssen, die sich oft „in den Haaren lägen“ und manchmal widersprüchliche Anforderungen aufstellten.

Beide Seiten verwiesen darauf, dass „Erfolgsgeschichten“ über europäische Unternehmen, die gute Geschäfte in Indien machen, andere dazu bringen würden, sich in dem Land niederzulassen. Mehr Kontakte zwischen den Handelskammern und eine erweiterte Informationsbereitstellung wären auch sehr nützlich. Es wäre sehr wichtig, dass europäische Unternehmen die Rolle der bundesstaatlichen Regierungen in dem Prozess des Anziehens von Geschäften nicht ignorierten. Westbengalen stand in der Vergangenheit unter den indischen Bundesstaaten nicht an vorderster Front, wenn es um das Anziehen von Investitionen im Inland ging, teilweise aufgrund eines ungünstigen politischen Klimas, aber auch aufgrund seiner starken landwirtschaftlichen Ausrichtung – der Bundesstaat war „zu fruchtbar“.

Die allgemein geteilte Ansicht war, dass „die Welt nicht aufhört, sich zu drehen“ und dass die EU und Indien sicherstellen müssten, dass „sie nicht den Anschluss verpassten“: das FHA wäre ein wichtiger Schritt in diesem Prozess. Die MdEP betonten erneut, dass die europäische Landwirtschaft keine Bedrohung für die indische Landwirtschaft darstellte, da sich diese Sektoren im Großen und Ganzen ergänzten.

Einige europäische diplomatische Vertreter verwiesen auf ihre Beschleunigungsstrategie bei der Vergabe von langfristigen Geschäftsvisa für den Schengenraum und wiesen Beschwerden über Verzögerungen in diesem Prozess zurück.

Freitag, 3. Mai 2013 - Kalkutta

08.45 ABFAHRT VOM HOTEL

09.30 -10.30 Besuch des Projekts Solidarity and Action against HIV infection of India (SAATHI – Solidarität und Maßnahmen gegen HIV-Infektionen in Indien)

Antiretroviralzentrum, Abteilung für Tropenmedizin in Kalkutta

Das Projekt „Befähigung von Frauen, die von HIV betroffen und mit HIV infiziert sind, durch Grundbesitz und Gesetzeswissen“ hat 18 000 Frauen in acht Bundesstaaten einschließlich Westbengalen unterstützt. Die EU-Finanzierung betrug 323 278 Euro für einen Zeitraum von 40 Monaten vom Januar 2010 bis April 2013. Obwohl die Finanzierung zeitgebunden erfolgte, ist die Einrichtung dauerhaft.

Die MdEP trafen medizinische Angestellte und Lehrkräfte zu Frauenrechten sowie Frauen, denen dieses Projekt geholfen hat. Sie erfuhren von den gesellschaftlichen Mängeln, die Frauen ausgesetzt sind, die sich mit HIV/AIDS angesteckt haben, was durch religiöse Tabus noch verstärkt wird. Analphabetentum und fehlendes Wissen über Rechte verstärken das Problem noch, insbesondere bei Frauen, die die eheliche Wohnung nach dem Tod ihrer Ehepartner verlassen müssen. Auch häusliche Gewalt ist ein häufiges Problem in vielen Familien. Das Projekt zielte auch darauf ab, Richter und andere Behördenvertreter zu sensibilisieren, um das Bewusstsein über die vorhandenen Probleme zu verstärken. Frauen, denen das Projekt bereits geholfen hatte, wurden dazu angehalten, Hilfestellungen anhand ihrer eigenen Erfahrung zu geben.

Es wurde erwähnt, dass obligatorische HIV-/AIDS-Tests jetzt bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Schwangerschaft stattfinden und dass alle Patientenunterlagen digital geführt werden. Es wurde auch auf die starke Verbreitung von HIV/AIDS unter der transsexuellen Bevölkerung hingewiesen – ein Problem, das kaum anerkannt ist. Abschließend drückten die Arbeiter ihre Sorge darüber aus, dass das FHA zwischen der EU und Indien zu einem Anstieg der Medikamentenkosten für die am stärksten gefährdeten Menschen in Indien führen könnte.

Anlagen: Programm und Teilnehmerliste



**WORKING GROUP VISIT TO
DELHI AND KOLKATA
29 APRIL - 3 MAY 2013**

FINAL PROGRAMME

Saturday 27 and Sunday 28 April 2013

Individual arrivals of Members and Staff

*Accommodation: Taj Mahal Hotel
Number One, Mansingh Road
New Delhi 110011
Tel. +91 11 230 261 62*

Sunday 28 April 2013 - Delhi

18.00 Informal briefing Secretariat
18.30 Informal EP Delegation meeting
Meet in hotel lobby

Monday 29 April 2013 - Delhi

- 09.00 DEPARTURE FROM HOTEL TO EU DELEGATION
- 09.30 -10.45 Briefing at the EU Delegation by Head of Delegation
Venue: EU Delegation, 65, Golf Links
- 10.45 TRANSFER TO SOUTH BLOCK
- 11.00 - 11.45 Meeting with **H.E. Ms Preneet Kaur**, Minister of State for External Affairs
Venue: South Block - Gate 4
- 11.45 Transfer to Shastri Bhavan, C Wing, gate 6
- 12.00 - 12.45 Meeting with **Hon. Kumari Selja, Union Minister for Social Justice and Empowerment**
- 12.45 TRANSFER TO IMPERIAL HOTEL
- 12.45 - 15.00 Lunch with the Confederation of India Industry (CII), hosted by **Sir Graham Watson**, Chair of the European Parliament Delegation for Relations with India
*Venue: Daniell's Tavern
Imperial Hotel
Janpath, New Delhi*
- 15.00 TRANSFER TO ECHO OFFICE
- 15.30 - 16.30 ECHO presentation on Malnutrition and Internal Conflicts in India
Venue: ECHO Offices
- 17.00 Free time/bilateral meetings with representatives of Member State Embassies in Delhi
- 20.00 - 22.30 Working dinner with the **Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI)**, hosted by **Sir Graham Watson**, Chair of the European Parliament Delegation for Relations with India

*Venue: Villa Medici Restaurant
Top floor Taj Hotel*

Tuesday 30 April 2013 - Delhi

- 09.30 Drive to eWaste project
- 10.30 -12.30 **Switch Asia E Waste Project Visit.**
Visit to informal dismantling facilities on e-waste.
Presentation of the project. Interaction with project managers.
- 12.45 - 13.30 **TRANSFER TO HOTEL**
- 15.00 **TRANSFER TO PARLIAMENT HOUSE**
- 15.10 Visit of Parliament House
- 16.00 - 17.00 Meeting with **Mr Shanta Kumar**, MP (Rajya Sabha), Chair of the Committee on Commerce, and Committee Members
*Venue: Room no. 63, 1st floor
Parliament House - Gate 12*
- 17.00 Meeting with **Hon. Anand Kumar**, MP (Lok Sabha), Chairman of the External Affairs Committee and Committee Members
Venue: Parliament House
- 18.00 **TRANSFER TO HOTEL**
- 19.15 **DEPARTURE FROM HOTEL FOR**
- 19.30 - 22.30 Working dinner on the theme of women's rights, hosted by the EU Delegation
*Venue: Library Lounge
Lodhi Hotel*

Wednesday 1 May 2013 - Kolkata

06.30 DEPARTURE FROM HOTEL TO AIRPORT

09.10 Flight to Kolkata on JetKonnnect 9W7105

11.15 Arrival in Kolkata

11.45 - 13.45 Drive to TrecStep Project

14.00 -14.45 Lunch and presentation of TrecStep Project
*Venue: Project location in Nimpith
 District South, 24 Parganas*

15.00- 17.00 Visit of TREC-STEP Project (vocational education) -
 Laboratories where young adults are trained in bio-
 technologies

17.00 - 19.00 Drive back to Kolkata

*Accommodation: Taj Bengal Hotel
 34-B Belvedere Road - Alipore
 Kolkata 700 027*

Evening free for own arrangements

Thursday 2 May 2013 - Kolkata

08.30 - 09.30 Working breakfast with the European Business and
 Technology Centre (EBTC)
*Venue: Taj Bengal Hotel
 Portico Hall*

09.30 - 09.45 Drive to EBTC offices

09.45 - 10.00 Visit of the EBTC offices

10.00 WALK TO BENGAL CHAMBER OF COMMERCE

10.05 - 11.15 Presentation on ECHO activities in North East India, with
 participation of implementing partners
*Venue: Meeting room at the Bengal Chamber of
 Commerce*

11.15 TRANSFER TO STATE LEGISLATIVE ASSEMBLY

11.30 - 12.30	Meeting with Mr Biman Banerjee , Speaker State Legislative Assembly and Ministers in the State Government
12.30	Guided visit of the State Legislative Assembly
13.30 - 14.30	Lunch hosted by the State Legislative Assembly
14.30 -16.00	Visit by bus of Kolkata
16.00 - 16.45	DRIVE TO MAKRO/METRO SITE
18.00 - 19.00	Visit of Makro Metro site near Kolkata
19.00 - 20.00	DRIVE TO TAJ BENGAL HOTEL
20.30 - 22.30	Working dinner hosted by European Parliament Delegation for Relations with India European Business and Technology Centre (EBTC), EU Member States Representatives and business present in Kolkata <i>Venue: Taj Bengal Hotel Crystal Hall</i>

Friday 3 May 2013 - Kolkata

08.45	DEPARTURE FROM HOTEL
09.00 -11.00	Visit of the project Solidarity and Action against HIV infection of India (SAATHI) Interaction with medical officer, women's rights educators and project beneficiaries <i>Venue: Anti-Retroviral Centre, School of Tropical Medicine, Kolkata</i>
11.00	DRIVE BACK TO TAJ BENGAL HOTEL Lunch own arrangements
Afternoon	Free time
1630	Group departure to airport for onward travel to Europe

*Delegation for relations with India***WORKING GROUP VISIT TO DELHI AND KOLKATA
29 April - 3 May 2013****PARTICIPANTS LIST****MEMBERS**

Sir Graham WATSON, Chair	ALDE	United Kingdom
Ms Lena KOLARSKA-BOBIŃSKA, 2nd Vice-Chair	EPP	Poland
Ms Birgit COLLIN-LANGEN	EPP	Germany
Ms Kinga GÁL, Substitute Member	EPP	Hungary
Mr Thomas MANN, Substitute Member	EPP	Germany
Mr Jo LEINEN	S&D	Germany
Ms Maria BADIA I CUTCHET, Rapporteur	S&D	Spain
Ms Anthea McINTYRE	ECR	United Kingdom
Mr Matteo SALVINI	EFD	Italy

SECRETARIAT

Mr Tim BODEN, Head of Secretariat
Ms Emma MOLLET, Administrative Assistant

POLITICAL GROUPS

Ms Joanna JARECKA-GOMEZ, EPP
Mr Christopher WILLIAMS, S&D
Ms Urša PONDELEK, ALDE

ACCOMPANYING PERSON

Mr Andrea CRIPPA, assistant to Mr Salvini